

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

Sitzungsdatum: Mittwoch, den 28.01.2026
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 20:45 Uhr
Ort, Raum: Bürgersaal des Rathauses

Anwesend:

Vorsitzender

Harsch, Frank

Mitglieder

Ellensohn, Siegfried
Garcia, Dominik Joaquin
Hägele, Sigmar
Höffling, Katrin
Hoffmann, Conny
Höfler, Armin
Kentischer, Joachim
Lang, Kerstin
Maier, Bernhard
Meier-Lang, Isabel
Scheller, Urs
Schmidbauer, Jörg
Schnekenburger, Dominik
Schoch, Martin
Steiner, Gerhard
Strobel, Angelika
Strobel, Tim
Waldschütz, Jürgen

Protokollführer

Hock, Jochen

Verwaltung

Bezikofer, Heike
Distler, Matthias
Muscheler, Katja

Sonstige

Mayer, Reinhold

Abwesend:

Mitglieder

Lohner, Oskar	entschuldigt
Flegler, Manfred	entschuldigt
Freund, Thomas, Geschäftsführer Stadtwerke Engen GmbH	entschuldigt

Zuhörer: 10

Pressevertreter: 2 (Hegaukurier, Südkurier)

1 Bestimmung der das Protokoll unterschreibenden Stadträte

Zur Unterzeichnung des Protokolls werden die Stadträte Siegfried Ellensohn und Dominik Garcia nach § 38 Abs. 2 GemO bestimmt.

2 Bekanntgabe in der letzten nichtöffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse

Gem. § 35 Abs. 1 Satz 4 GemO werden folgende Beschlüsse des Gemeinderates aus der letzten nichtöffentlichen Sitzung vom 17.12.2024 bekannt gegeben:

1. Der Gemeinderat stimmt der Veräußerung des Erbbaurechts mit Kaufvertrag vom 26.11.24 zu.
Ein Vorkaufsrecht wird an dem Erbbaurecht nicht ausgeübt.
Der Gemeinderat stimmt der Belastung des Erbbaurechts mit einer Grundschuld über 240.000 € zugunsten der Sparkasse Engen-Gottmadingen zu.
2. Der Gemeinderat hat eine Personalangelegenheit beschlossen

3 Beschlussfassung zur Beauftragung der Firma dostal & partner mit den Gründungsvorbereitungen für ein kommunales Medizinisches Versorgungszentrum in Engen **Vorlage: 145-25/1**

Vor Eintritt in den Tagesordnungspunkt erklären sich die STADTRÄTE TIM STROBEL und ANGELIKA STROBEL für befangen und nehmen im Zuschauerbereich platz.

BÜRGERMEISTER HARSCH leitet in die Vorlage Nr. 145 - 25 / 1 ein und gibt zu verstehen, dass man sich als Kommune nicht freiwillig um diese Aufgabe bemühen würde, jedoch ein Versagen übergeordneter Institutionen vorliege. Aus seiner Sicht müsse man sich zumindest alle notwendigen Informationen einholen, um sich über das weitere Vorgehen Gedanken machen zu können.

Hierzu begrüßt BÜRGERMEISTER HARSCH, FRAU DOSTAL recht herzlich in der Sitzung und bittet sie, den aktuellen Sachstand vorzustellen.

FRAU DOSTAL erläutert anhand ihrer Präsentation die aktuelle ärztliche Versorgung bundesweit und untermauert dies mit Statistiken und aktuellen Zahlen. Aus den Zahlen heraus erläutert FRAU DOSTAL den Strukturwandel und den Auslöser für kommunales Engagement in diesem Bereich. Daraus resultiert, erklärt FRAU DOSTAL den aktuellen Versorgungsgrad im Planungsbereich Singen beziehungsweise im Planungsbereich Konstanz. Wichtig zu wissen sei, dass die freien Sitze innerhalb des Plangebiets besetzt werden können und nicht automatisch in Engen, was dazu führen könne, dass Engen künftig deutlich weniger oder keine Sitze mehr haben könnte.

Anschließend geht FRAU DOSTAL auf die Ergebnisse der durchgeführten Arztgespräche ein und erläutert diese. Zusammenfassend hält sie fest, dass die Bereitschaft zur aktiven Mitwirkung erfreulich hoch sei.

Für den weiteren Prozess empfiehlt FRAU DOSTAL folgende Maßnahmen. Die Durchführung eines moderierten Ärzte-Workshops zur Konkretisierung und Ausgestaltung des MVZ-Modells unter Beteiligung der lokalen Ärzteschaft, eine Standortanalyse sowie eine Entscheidung zur räumlichen Gestaltung inklusive eines Zeitplans mit klarer Kommunikation, um Vertrauen und Verlässlichkeit im weiteren Planungsverlauf zu sichern.

Anschließend erläutert FRAU DOSTAL die Rechtslage kommunaler MVZ hinsichtlich der Gründer und Träger und geht dabei auf die positiven sowie negativen Aspekte der verschiedenen Formen ein. Ergänzend teilt sie mit, dass in den meisten Fällen ein kommunales MVZ als GmbH gegründet wird. Die Gründung als Eigenbetrieb sieht sie hingegen sehr kritisch. Für die Gründung empfiehlt sie mindestens zwei Arztpraxen beziehungsweise zwei Arztsitze, um eine gesunde Entwicklung zu ermöglichen.

Auf Nachfrage von BÜRGERMEISTER HARSCH teilt FRAU DOSTAL mit, dass bei zwei Arztsitzen circa 3.200.000 Euro Bürgschaft seitens der Kommune notwendig seien. Dies sei eine Vorgabe der Kassenärztlichen Vereinigung, die in den Bundesländern unterschiedlich ausfalle, aber zumeist deutlich geringer als in Baden-Württemberg sei. Anschließend erläutert FRAU DOSTAL beispielhaft einen möglichen Zeitplan und betont, dass dieser noch auf dem ursprünglichen Plan basiert. Aus ihrer Sicht sei die Betriebsaufnahme zum 1. Juli 2026 sehr sportlich und ambitioniert, aber durchaus noch möglich.

Zuletzt stellt FRAU DOSTAL die finanzielle Planung anhand einer exemplarischen Gewinn- und Verlustrechnung vor. Ihrer Erfahrung nach befindet sich ein medizinisches Versorgungszentrum ab vier Arztsitzen in ruhigen Fahrwassern. Ebenso berichtet sie, dass man ab dem dritten Jahr die Chance auf eine schwarze Null habe.

Auf Nachfrage von STADTRAT BERNHARD MAIER, wie sich die derzeitige Situation mit einem Höchststand an Ärzten auf die Entwicklung auswirkt, antwortet FRAU DOSTAL, dass dies unter anderem mit dem Arbeitsumfang zusammenhänge, der deutlich geringer sei als in der Vergangenheit.

Auf die Frage von STADTRAT JÖRG SCHMIDBAUER, woher die Ärzte für ein MVZ kommen sollen, erklärt FRAU DOSTAL, dass diese zunehmend aus der stationären Versorgung sowie durch Zuzug aus dem Ausland rekrutiert werden. Aufgrund der Erfahrungen aus vielen selbstbetrieblenen Versorgungszentren berichtet FRAU DOSTAL, dass es keine Probleme im ärztlichen Bereich gebe entsprechend Personal zu finden.

STADTRAT GERHARD STEINER betont, dass dies ein komplett neues Aufgabenfeld für die Kommune sei und erkundigt sich nach Erfahrungen mit privaten medizinischen Versorgungszentren. FRAU DOSTAL erklärt, dass es entweder kommunale MVZ oder private mit kommunaler Unterstützung gebe. Diese Unterstützung könne sich auf die Einrichtung, die räumliche Situation oder auch die Mietkosten beziehen.

STADTRAT DOMINIK SCHNEKENBURGER möchte wissen, wie lange die Arbeiten für Modul 2 dauern werden. FRAU DOSTAL antwortet, dass dies von vielen Faktoren abhängt. Eine realistische Gründung sieht sie zum 1. Januar 2027. Für Modul 2 werde man etwa zwei Monate benötigen.

STADTRAT JÜRGEN WALDSCHÜTZ lobt das Vorgehen, dass die Kommune aktiv agiert und nicht erst reagiert und erkundigt sich, ob zeitlicher Druck bestehe. BÜRGERMEISTER HARSCH antwortet, dass der Mangel erkannt sei und man nun ins Handeln kommen müsse.

Auf Nachfrage von STADTRAT JÜRGEN WALDSCHÜTZ erläutert FRAU DOSTAL, dass der Druck auf Ärzte bei privaten MVZ deutlich höher sei, die örtliche Verbundenheit bei kommunalen MVZ sei außerdem deutlich stärker vorhanden. Auf Wunsch könne man gerne eine Worst-Case-Rechnung erstellen.

Auf Nachfrage von STADTRÄTIN ISABEL MEIER-LANG, ob in den Arztgesprächen der Wunsch nach einem privaten MVZ geäußert worden sei, antwortet FRAU DOSTAL, dass sie dies aus den Gesprächen nicht habe schließen können und ihre Einschätzung sei, dass niemand für ein privates MVZ zu gewinnen sein werde.

STADTRAT ARMIN HÖFLER fragt, wie ergebnisoffen man in Modul 2 gehe. FRAU DOSTAL teilt mit, dass man grundsätzlich offen in die Gespräche gehe und bei Interesse eines Arztes für ein privates MVZ dem offen gegenüberstehe. Auf seine weitere Nachfrage teilt BÜRGERMEISTER HARSCH mit, dass die Kommune den Betrieb eines kommunalen MVZ nicht allein stemmen könne und daher die Geschäftsführung extern vergeben müsse.

Auf Nachfrage von STADTRAT URS SCHELLER bezüglich der Kilometerpauschale zur Beauftragung in Modul 2 antwortet FRAU DOSTAL, dass sie dies nachreichen werde, ebenso die Information, ob die Pauschale netto oder brutto sei.

Auf die Frage von STADTRAT SCHNEKENBURGER, ob es auch Erfahrungen mit gescheiterten Gründungen gebe, erläutert FRAU DOSTAL, dass es diese gäbe, meist aus zwei Gründen: Zum einen, weil die Patientenzahl nicht wie gewünscht gewachsen sei, zum anderen, weil sich die politischen Parteien nicht einig gewesen seien.

STADTRÄTIN CONNY HOFFMANN äußert, dass sie ein kommunales MVZ unterstützen werde, andernfalls eine Alternative benötigt werde. Zudem regt sie an, über ein interkommunales MVZ nachzudenken.

Auf Nachfrage von STADTRAT BERNHARD MAIER, ob man die Verantwortung auf den Kreis übertragen könne, teilt FRAU DOSTAL mit, dass dieser dann meist auch die Mehrheit haben wolle und dadurch die Gefahr bestehe, dass die Arztstühle nicht vor Ort gebunden seien.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, die dostal & partner management-beratung GmbH gemäß dem Dienstleistungsvertrag vom 04.08.2025 (Anlage) mit dem Modul II: "Gründungsvorbereitung" zu beauftragen. Ziel dieser Beauftragung ist die Beschaffung aller relevanten Informationen und die Führung der notwendigen Verhandlungen, um eine fundierte Entscheidung durch den Gemeinderat zu Gründung eines kommunalen MVZ zu ermöglichen. Diese Entscheidung wird zu einem späteren Zeitpunkt getroffen.

4 Vorstellung des Bewirtschaftungsplans 2026 des Städtischen Forstbetriebes Vorlage: 002-26

Die STADTRÄTE TIM STROBEL und ANGELIKA STROBEL nehmen wieder an der Sitzung teil.

BÜRGERMEISTER HARSCH leitet in die Vorlage Nr. 002-26 ein und begrüßt den Leiter des Kreisforstamtes, HERRN WENDT, sowie REVIERLEITER THOMAS HERTRICH und die Mitarbeitenden des Forstamtes herzlich.

HERR WENDT erläutert, dass die Nachfrage aktuell das Angebot übersteige, weshalb die Preise steigen. Insgesamt sei festzuhalten, dass die Marktlage ermutigend sei, man jedoch nicht vergessen dürfe, dass ein sehr trockenes Jahr hinter uns liege. Er betont zudem, dass man durch den eigenen Forstbetrieb deutlich handlungsfähiger und flexibler sei.

REVIERLEITER HERTRICH stellt die Jahresplanung für 2026 vor und weist darauf hin, dass die Zahlen an einigen Stellen einer Lotterie gleichen, da viele Aspekte nicht vorhersehbar seien. Hinsichtlich der aktuellen Preise betont er, dass diese nur deshalb hoch seien, weil die Industrie ihre Maschinen am Laufen halten wolle, nicht weil die Bauwirtschaft gerade florieren würde.

Abschließend ergänzt HERRN WENDT, dass die Forsteinrichtung abgeschlossen sei und lädt zu einer gemeinsamen Besichtigung ein. BÜRGERMEISTER HARSCH teilt mit, dass Ende April eine Waldbegehung hinsichtlich der Forsteinrichtung geplant sei.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt vom Bewirtschaftungsplan 2026 des Städtischen Forstbetriebes Kenntnis.

5 Energiebericht 2024 Vorstellung der Energieverbräuche der städtischen Gebäude Vorlage: 216-25

BÜRGERMEISTER HARSCH leitet in Vorlage Nr. 216-25 ein und bittet FRAU SCHRAMM, den Energiebericht 2024 vorzustellen.

FRAU SCHRAMM erklärt, dass Verwaltungsgebäude, Schulen, Kindertageseinrichtungen, Sporthallen, Bürgerhäuser, die Stadthalle, das Museum, der Bauhof, die Feuerwehr sowie die Straßenbeleuchtung im Energiebericht enthalten seien. Zwischen 2005 und 2024 seien ca. 13.600 Quadratmeter Nutzfläche hinzugekommen, zuletzt durch die Sanierung der Grundschule (+367 m²) und den Neubau der Anne-Frank-Sporthalle (+1800 m²). Im Gegensatz dazu sei die alte Stadthalle ab dem 1. Oktober 2022 mit etwa 1180 m² weggefallen. Der Neubau Kronareal sei nicht im Bericht enthalten, da Flüchtlingsunterkünfte nicht berücksichtigt seien.

Zu den Randbedingungen erläutert FRAU SCHRAMM, dass es im Jahr 2024, 264 Heiztage gab, mehr als in den Jahren 2022 und 2023, bei einer durchschnittlichen Außentemperatur von 10,2 Grad und 6,8 Grad an Heiztagen. Die Preise für Heizöl und Wärme seien gestiegen, während Pellets und Strom günstiger wurden, Gas und Wasser blieben konstant. Als Grund nennt FRAU SCHRAMM vor allem die weltpolitische Lage.

Die größten Energieverbraucher seien weiterhin Schulen, Bürgerhäuser, Stadthallen, Kindergärten, Sporthallen, Verwaltungsgebäude und sonstige Einrichtungen. Im Jahr 2024 sei der Heizenergieverbrauch um 5,9 % gestiegen, die Kosten um 7 %. Der Strom- und Wasserverbrauch sei hingegen leicht gesunken. Im Vergleich zum Vorjahr verzeichneten die Verwaltungsgebäude, die Hegau Sporthalle, Kindergärten und Feuerwehr einen Anstieg, während der Verbrauch in den Schulen leicht gesunken sei. Die Wärmeerzeugung erfolge nach wie vor zu etwa 91 % mit Gas.

FRAU SCHRAMM erläutert die spezifischen Verbräuche, Grenz- und Zielwerte sowie den Vergleich zum Jahr 2023. Sie informiert, dass der kommunale Energieverbrauch gemäß §18 Klimaschutzgesetz im Vergleich gut liege und präsentiert die dazugehörigen Kennzahlen.

Anschließend geht sie auf die CO₂-Emissionen der städtischen Gebäude ein und zeigt anhand einer Grafik, dass bis zur Zielerreichung der klimaneutralen Kommunalverwaltung zwischen 414 und 582 Tonnen CO₂ eingespart werden müssen. Das Ziel sei eine Reduktion von 10 % alle fünf Jahre, was von 2020 bis 2024 mit einer Einsparung von 18,3 % bereits übertroffen wurde.

Auf Nachfrage von STADTRAT TIM STROBEL, warum der Verbrauch in der Hegau Sporthalle sich verdoppelt habe, erläutert FRAU SCHRAMM, dass 2023 wegen Corona häufig Unterricht in den Hallen stattfand und aufgrund von Lüftungsempfehlungen die Fenster geöffnet wurden. Zudem war die Kapazität nach dem Wasserschaden in der Anne-Frank-Sporthalle deutlich erhöht. BÜRGERMEISTER HARSCH ergänzt, dass es ein großer Fortschritt wäre, wenn die Hallen mit erneuerbarer Energie betrieben würden.

STADTRAT GERHARD STEINER bedankt sich für den Bericht und stellt fest, dass trotz der gestiegenen Nutzfläche der Verbrauch gesunken sei und hebt hervor, dass der hohe CO₂-Anteil reduziert werden müsse. Auf die Frage, welche Investitionen dringend anstehen, erläutert Frau Schramm am Beispiel, dass die Grundschule Welschingen vor der Sanierung 170.000 kWh benötigte und danach nur noch 80.000 kWh. Der Investitionsbedarf im Anne-Frank-Schulverbund sei unstrittig. Auf Nachfrage von STADTRAT JÜRGEN WALDSCHÜTZ teilt STADTBAUMEISTER DISTLER mit, dass man sich intern regelmäßig austausche, um Verbesserungen zu erzielen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, nimmt der Gemeinderat den Energiebericht 2024 zur Kenntnis.

Beschluss:

Der Gemeinderat nimmt vom Energiebericht für das Jahr 2024 Kenntnis.

6 Rück- und Ausblick aus den Partnerstädten Engens

Vorlage: 003-26

BÜRGERMEISTER HARSCH leitet in Vorlage Nr. 003-26 ein und bittet den Partnerschaftsbeauftragten HERRN SCHELLER um einen kurzen Rück- und Ausblick zu den Partnerstädten.

HERR SCHELLER beginnt mit der Information, dass es in der Partnerstadt Pannonhalma eine verheerende Gasexplosion gegeben habe, bei der zahlreiche Gebäude zerstört wurden. Weitere Informationen werden in der nächsten Ausgabe des Hegaukuriers veröffentlicht. Er selbst plane, am kommenden Montag nach Pannonhalma zu fahren, um sich vor Ort ein Bild zu machen.

Anschließend bedankt sich HERR SCHELLER bei der Verwaltung, dem Gemeinderat und der Bevölkerung für ihr Engagement in den Partnerschaften. Er gibt einen Rückblick auf die Partnerschaftsfeier in Trilport sowie den Ausflug der Trachtenkapelle dorthin im Mai und den Besuch einer kleinen Delegation zum ungarischen Nationalfeiertag am 20. August.

Aus seiner Sicht seien alle Veranstaltungen wieder ein voller Erfolg gewesen. Für dieses Jahr sei geplant, eventuell mit einer kleinen Delegation nach Pannonhalma zu fahren, um 30 Jahre seit der ersten offiziellen Kontaktaufnahme zu feiern.

HERR SCHELLER weist auf die Vernissage im Museum hin und erwähnt, dass zwei Musiker aus Pannonhalma bei der Vernissage einen musikalischen Beitrag leisten würden. Aus Monégliä berichtet HERR SCHELLER, dass der Partisanenverein am 25. April zu einem Grußwort anlässlich der Befreiung eingeladen habe.

Da keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, nimmt der Gemeinderat den Bericht einstimmig zur Kenntnis.

**7 Beschlussfassung über die Anpassung des Zuschusses für das Amtsblatt Hegaukurier
Vorlage: 240-25**

BÜRGERMEISTER HARSCH verweist auf die eingestellte Drucksache Vorlage Nr. 240-25.

Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

1. Der Gemeinderat beschließt die Erhöhung des Zuschusses um 5.668,93 €.
2. Das Verbreitungsgebiet soll wie bisher beibehalten werden.
3. Der Bezug des Hegaukuriers soll für die Haushalte weiterhin kostenlos erfolgen.

**8 Beschlussfassung über die Anpassung der Benutzungsordnung für die Sport- und Mehrzweckhallen der Stadt Engen
Vorlage: 214-25**

BÜRGERMEISTER HARSCH verweist auf die Drucksache Vorlage Nr. 214-25 und bittet HAUPTAMTSLEITER HOCK, die Vorlage kurz zu erläutern.

HAUPTAMTSLEITER HOCK teilt mit, dass die Benutzungsordnung für die Sport- und Mehrzweckhallen der Stadt Engen auf Wunsch des Gemeinderates angepasst wurde. Nun wurde ein Passus aufgenommen, der bei öffentlichen Veranstaltungen den Zutritt der Öffentlichkeit sowie die Berichterstattung durch Medien gewährleisten müsse. Im Zusammenhang mit den Ereignissen in Gran Montana wurden zudem die Verwendung von offenem Feuer und Pyrotechnik verboten und entsprechend angepasst.

STADTRAT GERHARD STEINER bittet darum, auch die Bürgerhäuser in die Änderungen mit einzubeziehen.

STADTRÄTIN ISABEL MEIER-LANG erkundigt sich nach der Möglichkeit einer Anpassung bei der Gebührenerhebung für die Nutzung der Stadthalle. KÄMMERIN MUSCHELER erklärt, dass dieses Thema zuletzt mit dem Prüfer besprochen wurde. Die Feststellung war, dass es aktuell keine Möglichkeit gibt, aus dem BGA auszusteigen. Die einzige Möglichkeit wäre, die Halle ausschließlich für den Schulsport zu nutzen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Änderung der Benutzungsordnung für die Sport- und Mehrzweckhallen der Stadt Engen entsprechend der beigefügten Neufassung mit Wirkung zum 01.01.2026. Die Änderungen bzw. Ergänzungen sind rot dargestellt.

9 Beratung über den Haushaltsplanentwurf 2026 (Ergebnis- und investiver Finanzhaushalt)
Vorlage: 013-26

Zu Tagesordnungspunkt 9 verweist BÜRGERMEISTER HARSCH auf Vorlage Nr. 013-26 und bittet KÄMMERIN MUSCHELER, den Haushaltsplan 2026 vorzustellen.

KÄMMERIN MUSCHELER erläutert anhand einer Präsentation (wird dem Protokoll beigelegt) dass es gegenüber der Vorstellung in der Haushaltskommission zwei kleinere Änderungen bzw. Nachmeldungen aus den Fachämtern gegeben habe. Zum einen wurde ein Zuschuss für die Beschaffung von Funkgeräten des DRK in Höhe von 3.000 Euro hinzugefügt, sowie ein Ansatz für die Ladesäulen am Wohnmobilstellplatz in Höhe von 6.100 Euro.

Anschließend geht KÄMMERIN MUSCHELER auf das ordentliche Ergebnis ein. Für das Jahr 2025 wird in der Prognose ein positives Ergebnis von 800.000 Euro erwartet. Für das Haushaltsjahr 2026 sowie die Finanzplanung bis 2029 sei durchgängig ein negatives ordentliches Ergebnis vorgesehen. Im Cashflow werde sowohl 2026 als auch in der Finanzplanung durchgängig ein positives Ergebnis veranschlagt. KÄMMERIN MUSCHELER merkt an, dass der Cashflow im kamerale System der Zuführungsrate entspricht, mit der man zu Zeiten des kamerale Systems zufrieden gewesen wäre.

Aufgrund des positiven Cashflows sei sie auch der Auffassung, dass die Rechtsaufsicht dem Planwerk zustimmen werde. Es ist zudem ersichtlich, dass bis 2027 ein hoher Finanzmittelbedarf bestehen werde. Das Ziel, eine Mindestliquidität von 10 Millionen Euro zu erreichen, sei in der Finanzplanung nahezu erfüllt. Es sei aber festzustellen, dass der laufende Betrieb nicht mehr so viele Mittel abwirft wie in früheren Jahren, da der Betriebsaufwand stetig steige. Dies untermauert Kämmerin Muscheler anhand verschiedener Grafiken und Diagramme.

Zur Erläuterung der Eckdaten teilt KÄMMERIN MUSCHELER mit, dass die Abschreibungen durch getätigte Investitionen steigen, jedoch in der Finanzplanung auf gleichbleibendem Niveau angesetzt seien. Neben den Abschreibungen steige auch der Personalaufwand aufgrund von Tarifsteigerungen kontinuierlich, ebenso sei eine stetige Steigerung der Kreisumlage vorgesehen. Die Finanzplanung gehe zudem von einem weiterhin hohen Niveau beim Gewerbesteuerertrag aus.

Auf Nachfrage von STADTRAT JÜRGEN WALDSCHÜTZ, welche Ideen es gibt, um die Einnahmesituation zu verbessern, antwortet KÄMMERIN MUSCHELER, dass zeitnah an den Gebührenordnungen gearbeitet werden müsse.

Auf Nachfrage von STADTRAT JÖRG SCHMIDBAUER, was eine einprozentige Erhöhung der Kreisumlage bedeute, erklärt KÄMMERIN MUSCHELER, dass dies etwa 200.000 Euro entsprechen würde.

Im Bereich des investiven Finanzhaushalts erläutert KÄMMERIN MUSCHELER, dass 5 Millionen Euro aus dem Sondervermögen berücksichtigt wurden. Anschließend stellt sie die wesentlichen investiven Maßnahmen vor. Im Jahr 2026 sind dies unter anderem das Kinderhaus Glockenziel, der Anne-Frank-Schulverbund, das Kinderhaus Sonnenuhr, der Parkplatz Eselsbrücke sowie weitere Maßnahmen im Bereich Hochwasserschutz und Abwassersanierung.

Bezüglich des Ansatzes für das Amtsdiensterhaus weist KÄMMERIN MUSCHELER auf den gesetzten Sperrvermerk hin, was bedeutet, dass dieser Ansatz nur vorbehaltlich der Zustimmung des Gemeinderates zur Verfügung stehe.

Auf Nachfrage von STADTRAT ARMIN HÖFLER, weshalb im Bereich MVZ lediglich 150.000 Euro veranschlagt seien und nicht 200.000 Euro, wie zuvor genannt, erklärt BÜRGERMEISTER

HARSCH, dass der Betrag noch nicht final feststehe. WIRTSCHAFTSFÖRDERER FREISLEBEN ergänzt, dass man von einem Betrag zwischen 150.000 und 200.000 Euro ausgehe. KÄMMERIN MUSCHELER erklärt, sie werde diesen Betrag auf 200.000 Euro hochsetzen.

STADTRAT JÖRG SCHMIDBAUER stellt fest, dass in der Finanzplanung bezüglich des Abrisses der alten Stadthalle nichts vorgesehen sei. KÄMMERIN MUSCHELER antwortet, dass die Finanzplanung nicht in Stein gemeißelt sei und jedes Planjahr bei der Haushaltsplanung neu überprüft werde.

Zum Abschluss betont KÄMMERIN MUSCHELER, dass keine genehmigungspflichtigen Teile im Haushalt enthalten seien und die Beschlussfassung des Haushalts in der Sitzung am 24. Februar erfolgen soll. Somit könne man Anfang April wieder aus dem Interimshaushalt herauskommen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat beauftragt die Stadtverwaltung den Haushaltsplan 2026 wie dargestellt auszufertigen.

**10 Beschlussfassung über die Erhöhung der Eintrittspreise im Erlebnisbad
Vorlage: 218-25**

BÜRGERMEISTER HARSCH leitet in die Vorlage Nr. 218-24 ein und bittet BAUVERWALTUNGSLEITERIN BEZIKOFER diese vorzustellen.

BAUVERWALTUNGSLEITERIN BEZIKOFER berichtet, dass im letzten Jahr über 1.000.000 Euro in die neue Filteranlage investiert wurde, weshalb eine Erhöhung der Eintrittspreise notwendig sei, um eine leichte Verbesserung in der Kostendeckung zu erreichen.

Trotz der Erhöhung bliebe man im Vergleich zu anderen Bädern weiterhin im angemessenen Rahmen. Durch die Erhöhung der Eintrittspreise würden etwa 25.000 Euro Mehreinnahmen erzielt werden. Zudem erläutert sie den Vorschlag, die Punktekarte abzuschaffen und den Feierabendtarif künftig ab 17:00 Uhr einzuführen. Die Familientageskarte soll auf fünf Personen begrenzt werden, da es in der Vergangenheit Fälle gegeben habe, bei denen die Familientageskarte missbräuchlich verwendet worden seien.

STADTRAT URS SCHELLER meldet Bedenken hinsichtlich der Begrenzung auf fünf Personen an.

Außerdem schlägt STADTRÄTIN ISABEL MEIER-LANG vor, über die Einführung eines gebührenpflichtigen Parkplatzes nachzudenken.

BAUVERWALTUNGSLEITERIN BEZIKOFER erklärt, dass man hierzu bisher keine konkreten Überlegungen angestellt habe, da im Gesamtgebiet noch keine Parkraumbewirtschaftung besteht. BÜRGERMEISTER HARSCH sichert zu, das Thema intern zu diskutieren.

STADTRÄTIN CONNY HOFFMANN äußert sich kritisch zum Zeitpunkt der Eintrittspreiserhöhung. Die SPD-Fraktion könne der Erhöhung bei der Familienkarte, der Zehnerkarte und dem Feierabendtarif zustimmen, wolle jedoch beim Einzeleintritt und bei der Punktekarte keine Änderungen vornehmen.

STADTRAT GERHARD STEINER erklärt, der Erhöhung grundsätzlich zuzustimmen, betont aber, dass man dies nicht leichtfertig entscheide. Aufgrund der enormen Kosten sei die moderate Erhöhung jedoch akzeptabel.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, fasst der Gemeinderat mehrheitlich mit 15 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und keiner Enthaltung folgenden

Beschluss:

Der vorgeschlagenen Erhöhung der Eintrittspreise ab der Saison 2026 gem. Anlage wird zugestimmt. Die Preiserhöhung soll ab dem 01.03.2026 in Kraft treten. Bis dahin gelten noch die bisherigen Eintrittspreise.

**11 Beschlussfassung über die Vergabe der Bodenbelagsarbeiten für die Erweiterung des Kindergartens Glockenzügel in Engen
Vorlage: 237-25**

BÜRGERMEISTER HARSCH führt in die Vorlage Nr. 237-25 ein und bittet STADTBAUMEISTER DISTLER um Vorstellung der Vorlage.

STADTBAUMEISTER DISTLER informiert, dass die Bodenbelagsarbeiten am 5.12.25 freihändig ausgeschrieben wurden. Es seien vier Angebote eingegangen, die am 07.01.26 ausgewertet worden seien. Das günstigste Angebot liege bei 35.886 Euro und damit etwa 15.000 Euro über der ursprünglichen Kostenberechnung für einen Linoleum-Boden.

Für die Ausführung ist nun die Verlegung eines Kautschukbelags vorgesehen, der keine weitere Schutzbeschichtung benötige. Ein Linoleum-Belag wäre in der Anschaffung günstiger, verursache aber höhere Folgekosten.

Daher wird vorgeschlagen, den Kautschukbelag zu verlegen und zu prüfen, ob dieser auch für die Sanierung des Altbestands geeignet wäre.

STADTRAT JÜRGEN WALDSCHÜTZ fragt, ob dieser Belag auch bei der Altbausanierung verwendet werden soll. STADTBAUMEISTER DISTLER antwortet, dass zunächst Erfahrungen im Erweiterungsbau gesammelt werden und danach eine Entscheidung getroffen werde.

Nachdem keine weitere Wortmeldung mehr vorliegt, fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt der Firma Mauz aus Immenstaad den Auftrag zur Angebotssumme von 35.886,00 € zu erteilen. Die Kostensteigerung wird zur Kenntnis genommen.

12 Fragemöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger

12.1 Nachfrage zum Medizinischen Versorgungszentrum

Eine BÜRGERIN fragt nach, ob ein kommunales MVZ auch für Zahnärzte vorgesehen sei. BÜRGERMEISTER HARSCH antwortet, dass dies derzeit nicht geplant sei, aber grundsätzlich geklärt werden müsse, ob es möglich ist.

**13 Beschlussfassung zur Annahme von Spenden
Vorlage: 011-26**

BÜRGERMEISTER HARSCH verweist auf die eingestellte Drucksache Vorlage Nr. 011-26.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Annahme der Spenden zu.

14 Dringende Vergaben

15 Mitteilungen aus der Verwaltung

15.1 Mitteilung Zielabweichungsverfahren

15.2 Mitteilung 39.Änderung FNP Stockach

15.3 Mitteilung 40.Änderung FNP Stockach

15.4 Mitteilung 41.Änderung FNP Stockach

15.5 Mitteilung aktueller Stand AEDs

15.6 Mitteilung aktueller Stand Umbauplanung FWH

15.7 Mitteilung Gehölzpflege und Baumfällung

15.8 Mitteilung Straßenbeleuchtung

15.9 Mitteilung Suchkreisinfo zum Neubau Sende- und Empfangsanlage

15.10 Mitteilung zu Bauanträgen

15.11 Mitteilung zum Bauantrag Errichtung Trafostation

15.12 Mitteilung zum Zuschussantrag für die Anschaffung Rasentraktor

HAUPTAMTSLEITER HÖCK verweist auf die Mitteilung zum Zuschussantrag des Hegauer FV bezüglich der Anschaffung eines Rasentraktors und verweist auf die geltenden Förderrichtlinien, wonach der Antrag seitens der Verwaltung abgelehnt werden müsse. Seitens des Gemeinderates gibt es keinerlei Einwände gegen das Vorgehen.

15.13 Mitteilung zur Bauvoranfrage Neubau Boardinghouse

15.14 Mitteilung zur Videoüberwachung Bildungszentrum

15.15 Mitteilungsvorlage Gewerbeanfragen 4_2025

16 Anregungen und Anfragen aus dem Gremium

16.1 Nachfrage zur Installation der AED´s

STADTRAT URS SCHELLER fragt nach der Möglichkeit, bei Bauvorhaben die Anbringung eines Defibrillators verpflichtend vorzuschreiben. STADTBAUMEISTER DISTLER antwortet, dass dies baurechtlich nicht möglich sei, sondern nur über vertragliche Regelungen integriert werden könne.

16.2 Dank für den Narrenbaumständer in Bittelbrunn

STADTRAT MARTIN SCHOCH bedankt sich für die Bereitstellung des neuen Narrenbaumlochs in Bittelbrunn, welches inzwischen eingebaut wurde.

16.3 Hinweis zur halbseitigen Sperrung Neuhausen, Lindenstraße

STADTRAT SIEGFRIED ELLENSOHN schlägt vor, zur Regelung der halbseitigen Sperrung in der Lindenstraße eine Ampelanlage zu installieren, da dort bereits mehrfach gefährliche Situationen aufgrund des Straßenverlaufs beobachtet wurden seien. Ergänzend bittet STADTRAT SIGMAR HÄGELE, die aktuelle Beschilderung zu überprüfen.

16.4 Nachfrage zur Beleuchtung der historischen Gebäude

STADTRAT BERNHARD MAIER erkundigt sich nach dem Sachstand zur Beleuchtung der historischen Gebäude in der Altstadt. STADTBAUMEISTER DISTLER erklärt, dass dies mit den Stadtwerken abgeklärt werde.

16.5 Hinweis zur Bahnhofsbeleuchtung

STADTRAT JÖRG SCHMIDBAUER meldet, dass die Beleuchtung am Bahnhofsgebäude aktuell wieder nicht funktionieren würde.

16.6 Hinweis zur Rodung und Müllablagerung in Neuhausen

STADTRAT SIGMAR HÄGELE macht auf eine illegale Müllablagerung aufmerksam.

16.7 Hinweis zu einem Schaden in der Straße in Neuhausen

STADTRAT SIGMAR HÄGELE weist auf ein größeres Loch in der Straße am Ortsausgang Richtung ehemalige Kiesgrube hin.

16.8 Anfrage zu einem zusätzlichen Hundekotbehälter in Neuhausen

STADTRAT SIGMAR HÄGELE fragt nach der Möglichkeit, am Ortsausgang Neuhausen aus in Richtung Welschingen einen weiteren Hundekotbehälter aufzustellen. HAUPTAMTSLEITER HOCK antwortet, dass nicht jeder Hundespazierweg mit Hundekotbehältern ausgestattet werden könne, da bereits eine Vielzahl an Behältern vorhanden sei. Man werde in einer der kommenden Sitzungen einen Übersichtsplan zur Kenntnis geben.

16.9 Anfrage zu einem Mülleimer am Premiumwanderweg in Stetten

STADTRAT DOMINIK SCHENKENBURGER teilt mit, dass am Premiumwanderweg Stetten wahrscheinlich ein Mülleimer abgebaut wurde und erkundigt sich, ob dort ein Ersatz aufgestellt werden könne bzw., ob es dort einen gegeben habe.

Unterzeichner/in:

Datum:

Frank Harsch
Bürgermeister

Jochen Hock
Protokollführer

Siegfried Ellensohn
Stadtrat

Dominik Garcia
Stadtrat
